

WENG BEI ADMONT

Gipsabbau bedroht Wohngebiet

Weng bei Admont wehrt sich gegen geplanten Gipsabbau ohne Umweltprüfung.

650 Einwohner zählt die Gemeinde Weng am Eingang zum Nationalpark Gesäuse. Und die sind besorgt um ihre Lebensqualität. „81 Prozent haben gegen den Gipsabbau am Dörfelstein gestimmt“, sagt Vizebürgermeister Franz Maunz. Trotzdem soll er stattfinden – ohne Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP).

Weng wehrt sich. Nun liegt das Projekt beim Umweltsenat in Wien, der entscheiden muss, ob eine UVP nötig ist. KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher, die sich vor Ort informiert hat: „Der massive Eingriff in die Landschaft findet nur 150 m vom Wohngebiet statt. Die Menschen haben ein Recht auf eine Prüfung.“

Das Problem sind die schwindenden Gipsvorkommen der Firma Knauf – ein internationaler Konzern mit einer Zweigstelle in Weißenbach bei Liezen. Es gibt in der Steiermark zahlreiche Gipsvorkommen. Anstatt in wenig besiedeltem Gebiet abzubauen, will Knauf am Haller Dörfelstein graben. Der Konzern hat um ein 62,5 ha großes „Grubenfeld“ angesucht – nur wenig vom Wenger Hauptwohn-

gebiet entfernt. Nachdem die Firma großzügig zum Umbau der Haller Volksschule zahlte und Feuerwehr und Vereine in Hall unterstützte, stehe die Nachbargemeinde voll hinter dem Projekt, bedauert Maunz, der auch Sprecher der Initiative „Anrainergemeinschaft Dörfelstein“ ist.

Die Wenger stört vor allem, dass die Firma ohne UVP davonkommen will. „Knauf hat um den Abbau auf 3,7 Hektar angesucht – ab 5 ist eine UVP verpflichtend“, so Maunz, die UVP wolle Knauf erst später machen. Damit sie dann leichter durchgehe, wenn durch den Abbau vollendete Tatsachen geschaffen wurden, vermutet Maunz: „Das Projekt ist eine Watschn für den sanften Tourismus, für den Nationalpark, für unsere Lebensqualität“. Und eine Zumutung nicht zuletzt deshalb, weil die Firma vom Land mit über 480.000 Euro gefördert wurde, ergänzte LABg. Pacher: „Knauf hat öffentliche Mittel erhalten und soll auch im Sinn der Öffentlichkeit handeln.“

Nun wird der Umweltsenat entscheiden, ob eine UVP nötig ist. Maunz und die Bürgerinitiative pochen auf die Prüfung – jetzt und nicht später. Das Ergebnis werde man akzeptieren, hofft aber darauf Recht zu bekommen und dass Knauf den Gips dann in einer der anderen 50 steirischen Gipslagerstätten abgräbt.



Ende eines Idylls? Der Wenger Vizebürgermeister Franz Maunz und KPÖ-Abgeordnete Renate Pacher vor dem Dörfelstein. Aus dem Wald soll eine Gipsabbau-stätte werden, die Menschen fürchten Lärm und Staub.

KOMMENTAR

Staat oder privat?

Führen Private ein Unternehmen besser als der Staat? Diese Frage wird heute in den oberen Kreisen durchwegs mit „Ja!“ beantwortet. Die Regierung Schüssel steuert seit Jahren einen beinharten Privatisierungskurs. Und kurz nach dem 60. Geburtstags des Verstaatlichungsgesetzes gab unlängst Böhler-Chef Klaus Raidl von sich, dass etwa das Land Steiermark nur dann Bundesförderungsmittel bekommen solle, wenn es diesen Privatisierungskurs fortsetzt und zum Beispiel die ESTAG vollständig verkauft. Finanzminister Karlheinz Grasser richtete eben aus, dass weitere Anteile von OMV, Telekom und Co verscherbelt werden sollen.

Gerade die ESTAG zeigt freilich, dass ein Unternehmen, das noch zu einem Gutteil der öffentlichen Hand (dem Land Steiermark) gehört, gut wirtschaften kann. Jahr für Jahr wirft sie Gewinne ab, die unter anderem in Form eines Strombonus den Steirern zu Gute kamen. Raidls Böhler-Uddelholm ist zwar seit 1995 als privat geführtes Unternehmen auf Erfolgskurs. Auf dem war Böhler allerdings schon, als das Unternehmen noch im Besitz der Österreichischen Industrieholding AG war

– und damit im Besitz der Republik Österreich. Das gleiche gilt auch für die Voest-Alpine, die 1995 an die Börse und somit ins Privateigentum übergang.

Und das ist der Clou der Sache: Für die Privatisierung kämpfen die gut verdienenden Regierer, die reichen Manager, die oberen Zehntausend der Gesellschaft, die sich dann mit Aktien und Beteiligungen eindecken und noch reicher werden. Auf der Strecke bleibt der Rest, der immer ärmer werdende Mittelstand, die „normalen“ Mitarbeiter, die im Zuge von „Umstrukturierungen“ und „Optimierungen“ um ihre Jobs und ihre Zukunft bangen müssen. So wie die Mitarbeiter der Hydro Weiz, die dieses Frühjahr von der Andritz AG geschluckt worden ist. Andritz-Chef Wolfgang Leitner ist inzwischen alles andere als zufrieden mit der Hydro-Leistung und kündigte „Einsparungen“ an. Und Rückflüsse an alle wie den ESTAG-Strombonus gebe es dann klarerweise nicht mehr.

Die Frage, die schlussendlich noch bleibt, ist also nicht mehr „Staat oder privat?“, sondern „wozu noch Staat, wenn der Staat nichts mehr hat?“. ts



Obwohl noch Entscheidungen fehlen, donnern schwere Lkw den Dörfelstein hinauf, wo eine Zufahrtsstraße zum Gipsbergbau errichtet wird.